

nicht autorisiert - nicht zitierfähig**Möller (AfD):**

Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Brandenburger! Denk ich an Europa in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht - so drückte sich Heinrich Heine 1844

(Zuruf)

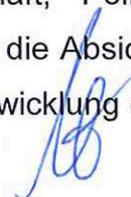
in seinem Gedicht „Nachtgedanken“ über Deutschland aus. - Hören Sie doch erst einmal zu, bevor Sie dazwischenblöken. - Der polnische Botschafter in Deutschland, Andrzej Przyłębski, ruft uns Deutschen in einem Zeitungsartikel vom 07.08.2020 dazu auf, gemeinsam mit Polen Europa zu retten. Er führt aus, dass Deutschland selbst noch gerettet werden könne, wenn sich die Deutschen Polen richtig zuwenden würden. Er kritisiert die Atomisierung der Gesellschaft, die destruktive Kritik an der europäischen Kultur.

Vizepräsident Galau:

Herr Möller, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Möller (AfD):

Nein, ich habe doch noch gar nicht richtig angefangen. - Wir sehen Polen als Vorbild für den gesunden Menschenverstand, zum Beispiel in der Flüchtlingspolitik und in energiepolitischen Fragen. Wir teilen zudem die Einschätzung des Botschafters, dass die Berichterstattung in Deutschland über Polen nicht gerade die Freundschaft fördert. Wir befürchten, sehr geehrte Damen und Herren, dass Sie nicht wissen wollen, wie Polen denken und fühlen. Mit langweiligen Schaufensteranträgen wie diesem hier können Sie nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die Idee eines starken deutsch-polnischen Verflechtungsraums in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Umweltschutz etc. ist grundsätzlich zu begrüßen. Ebenso begrüßen wir die Absicht, die Metropolregion Stettin gemeinsam zu entwickeln sowie auch die Entwicklung der



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Doppelstädte weiter voranzutreiben und dabei das deutsch-polnische Grenzgebiet als gemeinsamen Wirtschaftsraum fortzuentwickeln.

Offen bleiben in Ihrem Antrag aber Fragen bezüglich des Punktes Migration. Wie Sie wissen, hat die polnische Seite hierzu eine ganz andere Auffassung, als hier von der deutschen Regierungsseite vertreten wird. Wollen Sie jetzt den Polen aufkotroyieren, was sie über Migration zu denken haben? Im Übrigen erscheint uns besonders wichtig, viel stärker als bisher auf eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung in den Grenzregionen zum beiderseitigen Vorteil hinzuwirken. Dies wird zum Teil durch unterschiedliche Bedingungen beiderseits der Oder stark erschwert. Wie Sie vielleicht wissen, ist die Grenzregion auf polnischer Seite eine Sonderwirtschaftszone mit zahlreichen Vorteilen für Investoren - zum Beispiel handelt es sich um ein Niedrigsteuergebiet -, was zu einem erheblichen Unterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung zum Vorteil unserer Nachbarn führt. Hier muss erst einmal wirkliche Chancengleichheit geschaffen werden. Stattdessen hat die Landesregierung erst zu Jahresbeginn dafür gesorgt, dass der Gewerbesteuer-Hebesatz in Frankfurt (Oder) auf 420 % erhöht wurde, und das in einer sogenannten Doppelstadt, Frankfurt (Oder) - Słubice.

(Zuruf)

- Die hat dafür gesorgt. Der Oberbürgermeister hat ganz klar gesagt, man müsse den Gewerbesteuer-Hebesatz erhöhen, denn das sei eine Vorgabe für die Genehmigung des Haushaltes in Frankfurt (Oder). - BMW hat sich in Słubice angesiedelt. Wir als Frankfurter AfD-Fraktion haben uns das BMW-Logistik-Standortzentrum in Słubice angesehen und waren beeindruckt. Warum geht das nicht in Deutschland in einer Sonderwirtschaftszone? Weitere Schwierigkeiten ergeben sich auch beim städtischen Grenzverkehr der Doppelstadt Frankfurt (Oder) - Słubice. Die Finanzierung des polnischen Anteils für die grenzüberschreitende Buslinie, die ja sehr bekannt ist - 983 -, ist immer noch nicht zufriedenstellend geklärt worden. Mittlerweile zahlt Frankfurt (Oder) auch den Słubice-Anteil von 35 000 Euro per annum zur Aufrechterhaltung des Busverkehrs. Die Zugverbindung als Regionalbahn von

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Frankfurt (Oder) in die Region Reppen bzw. Rzepin mit den regelmäßigen Verbindungen wurde vor einiger Zeit von polnischer Seite aus reduziert, weil man keine Notwendigkeit dafür sah. Vor einer gemeinsamen Finanzierung deutsch-polnischer Verkehrsverbindungen müssen zunächst die rechtlichen Voraussetzungen auf polnischer Seite geschaffen werden. Dort gilt das Verbot des Transfers von Mitteln der Kommunalfinanzierung in Nachbarstaaten.

Der Antrag der Regierungskoalition hat eine blumige Sprache: Von einem starken deutsch-polnischen Verflechtungsraum ist die Rede sowie von gegenseitiger Achtung und europäischen Werten - als ob das nicht selbstverständlich wäre. Schwülstig erzählt der Antrag von einer großen Bereicherung und von fruchtbaren Kontakten und sehr guten Beziehungen. Was heißt das? Gemeinsame Kinder, oder was?

(Vereinzelt Gelächter)

- Schön, dass Sie mal lachen. - Wer kann etwas gegen eine intensive Wirtschaftsbeziehung mit Polen, gegen die Zusammenarbeit beim Verbraucher- und Katastrophenschutz haben? Niemand hat etwas dagegen. Wer kann etwas gegen zweisprachige Kitas und Schulen haben? Niemand. Wenn ich diesen Antrag richtig verstehe, versteckt sich hinter dem nett klingenden Wortschwall etwas ganz anderes, nämlich die Absicht, die Verkehrswege zwischen Brandenburg und Polen auszubauen, insbesondere das Schienennetz des VBB. Neue Zugverbindungen sollen entstehen, um polnische Arbeitskräfte zum Tesla-Werk in Grünheide zu bringen. Die Zuglinien werden gleich mitgenannt: Berlin-Stettin, Berlin-Cottbus-Breslau und Berlin-Küstrin-Gorzów - oder Landsberg genannt. Wer soll das bezahlen, das Land Brandenburg oder die Polen? Dazu lese ich nichts. Ein paar Millionen Euro aus dem EU-Haushalt werden hierfür nicht reichen. Wenn ich Sie richtig verstehe, soll der Steuerzahler mit viel Geld Infrastruktur bezahlen, damit im Nachbarland Polen ein Jobwunder entsteht. Unser Steuergeld soll dem amerikanischen Investor günstige Arbeitskräfte aus Polen verschaffen. Was hat Brandenburg davon? Die ganze Geschichte erinnert mich an die sogenannte Nokia-Bahn im Ruhrgebiet. Damals wurde in NRW die Bahn für das Nokia-Werk in Bochum für viel Geld gebaut - mit dem



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Unterschied, dass dort Einheimische zum Werk gebracht wurden. Sie kennen die Geschichte vielleicht nicht, die müssen Sie mal googeln. Das moderne Werk machte überraschend vor zwölf Jahren dicht. 2 300 Arbeitnehmer verloren ihre Arbeit. Aus der Traum vom Strukturwandel von Kohle und Stahl zur Hochtechnologie Telekommunikation - Steuergeld versenkt, Herr Bretz.

Vizepräsident Galau:

Herr Möller, Sie müssten jetzt langsam zum Schluss kommen.

Möller (AfD):

Danke - noch ein Satz.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass das Land Brandenburg nicht nur bezahlt? Dazu finde ich in Ihrem Antrag nichts. Wir werden uns daher enthalten, auch wenn es mir schwerfällt, ich hätte den Antrag abgelehnt. - Danke schön.

Vizepräsident Galau:

Es liegt eine Kurzintervention der Kollegin Damus vor. Bitte schön.

